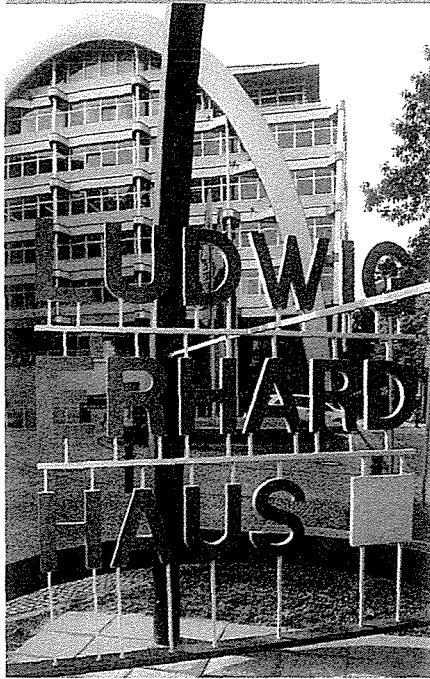


ENERGIE-IMPULSE

Zeitschrift des Berliner Impulse Programms

Ausgabe 01.12



AUS DEM INHALT:

■ Seite 2

Interview mit Senator Michael Müller

■ Seite 4

Veranstaltungen der Berliner Impulse auf den Berliner Energietagen 2012

■ Seite 6

Das Stromnetz das mitdenkt

■ Seite 7

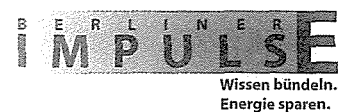
Innovative Erdgastechnologien

■ Seite 8

Stromeffizienz

■ Seite 9

Smart Metering



Im Auftrag der



Senatsverwaltung
für Stadtentwicklung
und Umwelt

ENERGIEWENDE: KOMMUNIKATION UND PARTIZIPATION WICHTIGER DENN JE

Wir erinnern uns: Unter dem Eindruck der Atomkatastrophe von Fukushima hat die Bundesregierung die „Energiewende“ mit einer Nachdrücklichkeit ausgerufen, die viele Beobachter überrascht hat. Dem schnellen Abschalten von acht Atommeilern folgten eine Ethikkommission und im Juni 2011 Kabinettsbeschlüsse zur Energiewende.

und weitere Akteure nicht aktiv ins Boot geholt werden? Wie kann z.B. Smart Grid, also die intelligente Verknüpfung von fluktuierender Stromerzeugung und gesteuertem dezentralen Strombedarf, funktionieren? Muss sich nicht jeder einzelne Stromkunde hiermit intensiv befassen und sich ggfls. mit der Steuerung seines Kühlhauses,

Kurzum: Soll die Energiewende auch nur ansatzweise gelingen, brauchen wir eine umfangreiche gesellschaftliche Diskussion, die in einer aktiven Beteiligung einer Vielzahl neuer Akteure münden muss.

Und hierzu bedarf es einer Vielzahl von Kommunikationsformen und -foren. Die Berliner Energietage haben sich in den vergangenen Jahren zum mit Abstand größten und sicherlich nicht ganz unwichtigen Tagungsereignis im Energiebereich in Deutschland entwickelt. Dies belegen nicht nur die stetig gewachsenen Veranstaltungs- und Teilnehmerzahlen, sondern auch die Tatsache, dass die relevanten Bundesministerien durchgängig mit strategischen Veranstaltungen auf den Berliner Energietagen vertreten sind. Auch in 2012 werden die Bundesministerien für Wirtschaft, Bau und Umwelt jeweils mit mehreren Veranstaltungen am Start sein.

In über 45 Seminaren, Workshops und Diskussionsrunden werden sich vom 23. – 25. Mai Vertreter aus Politik und Wirtschaft aber vor allem auch Praktiker aus dem Baubereich und der Wohnungs- und Energiewirtschaft zu einem intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch treffen.

Ich freue mich auf Ihren Besuch!

Jürgen Pöschk
Berliner Impulse/EUMB Pöschk

Berliner 2012 ENERGIETAGE

Energieeffizienz in Deutschland

Über die im Weiteren erzielten Ergebnisse lässt sich trefflich streiten. Dem einen gehen die politischen Initiativen - sei es im ordnungsrechtlichen oder im fiskalischen Bereich - viel zu zäh voran. Andere mahnen zur Umsicht, denn eine wirklich historische Energiewende könne nicht mal eben so „verordnet“ werden.

Klar aber ist in jedem Fall, dass sich der Stellenwert des Energiethemas drastisch verändern wird. Kam früher der Strom „einfach aus der Steckdose“ und interessierten relevante Bauvorschriften wie die EnEV vielfach nur am Rande, stehen wir nun möglicherweise vor einem Paradigmenwechsel. Wie kann eine auf Dezentralisierung setzende Energiewende gelingen, wenn Bürger, Unternehmen

seiner Waschmaschine oder anderer Stromverbraucher einverstanden erklären? Oder: Wie kann die Stromerzeugung - sei es über Photovoltaik oder Blockheizkraftwerke - dezentralisiert und flexibel gesteuert werden ohne eine aktive Beteiligung hunderttausender Gebäudeeigentümer? Wie sollen 4.000 km Stromtrassen gebaut werden, ohne die Betroffenen vor Ort z.B. über Beteiligungsmodelle an der Wertschöpfung teilhaben zu lassen? Wie kann der bundesdeutsche Gebäudebestand innerhalb von 40 Jahren klimaneutral gestaltet werden - und dies meint nicht Leuchttürme sondern den Gesamtbestand - ohne dass neue Formen der Finanzierung und Lastenverteilung entwickelt, intensiv diskutiert und umgesetzt werden?



Das aktuelle Interview

Michael Müller, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin

Kurz vor den Berliner Energietagen kommt auch die energiepolitische Diskussion in Berlin in Fahrt. Energiewende in Berlin? Welches sind die zentralen Vorhaben des neuen Berliner Senators für Stadtentwicklung und Umwelt? Der Berliner Umweltsektor stellt sich den Fragen von ImpulsE.

Pöschk: Herr Senator Müller, die öffentliche Debatte um die Energiewende ist geprägt von den Themen wie Atomausstieg, Netzausbau und Solarförderung. Aber ist die Energiewende in Berlin nicht auch eine soziale Frage?

Müller: Das stimmt. Die Energiewende gelingt nur, wenn die künftige Energieversorgung nicht nur sicher und ökologisch ausgestaltet wird, sondern Energie auch für aller Bürger und Bürgerinnen bezahlbar bleibt. In Berlin haben wir eine besondere Situation: Wir sind eine Mieterstadt, rund 85 Prozent der Menschen leben zur Miete. Bei leider nicht wenigen liegt außerdem das verfügbare Einkommen unterhalb des Bundesdurchschnitts. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe der Berliner Energiepolitik, die Mieter vor künftig steigende Energiekosten zu schützen. Langfristig geht das nur über die Reduzierung des Energiebedarfs im Gebäudebestand und den sukzessiven Umstieg auf Erneuerbare Energien.

Pöschk: Und wie geht das?

Müller: Wir haben hier in Berlin schon viel in Angriff genommen. Seit Jahren haben wir z.B. eine erfolgreiche Kooperation mit dem Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU). Der Verband vertritt über 40 Prozent des Berliner Mietwohnungsbestandes. Im September 2011 haben wir gemeinsam eine neue Klimaschutzvereinbarung unterzeichnet. Ziel ist,

den Gebäudebestand weiterhin energetisch zu verbessern und damit nicht nur die Energiekosten für die Mieterinnen und Mieter langfristig zu senken, sondern auch die Wohnqualität zu erhöhen. Aber nicht nur die Mieter sollen in Berlin von der Energiewende profitieren. Wir wollen die Stadt auch attraktiv machen für die Ansiedlung von

Technologieunternehmen aus dem Bereich Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Das schafft zukunftssichere Arbeitsplätze und sorgt für wirtschaftliche Stabilität.

Pöschk: Stichwort BBU und die Berliner Wohnungswirtschaft: Aus dieser Richtung kam ja in der vergangenen Legislaturperiode der Hauptwiderstand gegen ein mögliches Klimaschutzgesetz und den damit erwarteten Verpflichtungen für den Gebäudebestand. Kann man sich hier

jetzt entspannt zurücklehnen oder ist eine neue Gesetzesinitiative zu erwarten?

Müller: Die Energiewende ist nur im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Energie- und Klimaschutzpolitik umzusetzen. Sie darf aber die Menschen in der Stadt auch nicht übermäßig belasten wie zum Beispiel durch Mietsteigerungen nach Modernisierungen. Denn dann finden unsere Anstrengungen schlicht keine Akzeptanz. In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns. Dies gilt im Zusam-

Vom Berliner Energiekonzept bzw. dessen Umsetzung haben wir seit längerem wenig gehört...

Müller: Das ist nicht richtig. Wir haben ein Berliner Energiekonzept, das noch vom rot-roten Senat erarbeitet wurde. Wir werden das jetzt in der neuen Koalition weiterentwickeln und haben uns dafür ehrgeizige Ziele gesetzt. Auch nach den Ereignissen von Fukushima bedarf es ja der Überarbeitung. Die Bundesregierung hat im letzten Jahr vollmundig von „Revolution“ gesprochen und zahlreiche



menhang mit der erforderlichen Fortschreibung des Energiekonzeptes 2020 und der Entwicklung eines integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes und genauso im Rahmen der Diskussion für ein mögliches Berliner Klimaschutzgesetz. Welche Rolle der Gebäudebestand dabei spielen kann und soll, werde ich mit den maßgeblichen Verbänden der Stadt diskutieren.

Pöschk: Wo wir schon bei der konzeptionellen Ausrichtung der Klima- und Energiepolitik sind.

Ankündigungen gemacht – und fast nichts ist in Richtung der angekündigten Energiewende seitdem passiert. Die Bundesregierung muss jetzt endlich zügig die richtigen Weichen stellen, die ja auch Rahmenbedingungen für die Landespolitik sind. Wir wollen allerdings nicht warten, bis der Bund endlich aufwacht, sondern haben uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, Berlin bis zum Jahr 2050 zu einer klimaneutralen Stadt zu machen. Das Berliner Energiekonzept 2020 wird in diesem Sinne in ein



Das aktuelle Interview

Michael Müller, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin

integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept fortentwickelt und an die Rahmenbedingungen der Energiewende angepasst. Fest steht dabei auch – und das zeigt auch die Zusammenarbeit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit dem Ressort Umwelt – dass wir eine ganzheitliche Stadtentwicklungspolitik machen wollen. Wir werden Klima-, energie- und sozialpolitische Fragestellungen künftig konsequent zusammen denken. Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die integrierte Lösungsansätze braucht. Die Energieeffizienz von Gebäuden gehört hier genauso dazu, wie die Entwicklung moderner Stadtquartiere oder die energieeffiziente Mobilität. Durch die Kompetenzbündelung in meinem Haus sind wir jetzt deutlich schlagkräftiger als in der Vergangenheit.

Pöschk: Gut, Effizienz von Verwaltungshandeln ist das eine. Wie sieht es aber mit der Integration gesellschaftlicher Akteure in die Energie- und Klimapolitik aus?

Müller: Ohne aktive Beteiligung aller gesellschaftlichen Interessensgruppen geht es nicht. Wir sind auf verschiedenen Ebenen aktiv, um ein breites Bündnis für Klimaschutz in Berlin zu schaffen. Dabei können wir an erfolgreiche Kooperationen der Vergangenheit anknüpfen. So haben wir zum Beispiel in Berlin seit Jahren sehr gute Erfahrungen im Abschluss von Kooperationsvereinbarungen gemacht. In einer Klimaschutzvereinbarung, die seit 1998 läuft, hat sich z.B. die GASAG verpflichtet, bis zum Jahr 2020 zwei Millionen Tonnen CO₂ einzusparen. Das Unternehmen Vattenfall hat sich seinerseits verpflichtet, 1 Milliarde Euro in

die Modernisierung seiner Berliner Kraftwerke, den Bau eines Biomassekraftwerkes und die Energieträgerumstellung von Kohle auf Erdgas zu investieren. Auf Grundlage der Rahmenvereinbarung zum Klimaschutz mit dem BBU wurden bereits zum zweiten Male die Klimaschutz-



vereinbarungen mit den städtischen Wohnungsunternehmen abgeschlossen. Wir sind auch im intensiven Dialog mit den privaten Haus- und Grundstücksbesitzern, den Mieterorganisationen sowie den Umwelt- und Wirtschaftsverbänden. Ein wichtiges Instrument ist unser ImpulsE-Programm, in dessen Rahmen auch diese Zeitschrift erscheint. Und die Berliner Energietage sind inzwischen deutschlandweit zum zentralen Diskussionsforum für Energie- und Klimafragen geworden.

Pöschk: Aber nur mit Dialogen allein wird ja kein CO₂-eingespart...

Müller: Da ist sicher richtig. Aber konkrete Maßnahmen müssen erst besprochen und möglichst im Konsens mit den Betroffenen ausgestaltet wer-

den. Dann hat die Umsetzung deutlich bessere Chancen. Und es ist ja nicht so, dass wir nur reden. Einige Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung oder sind bereits konkret geplant. Ein wichtiger Bereich ist gerade der Gebäudebestand. So werden wir zum Beispiel das Berliner Modell der Energiesparpartnerschaften in landeseigenen Liegenschaften quantitativ und qualitativ ausbauen. In über 1.300 öffentlichen Gebäuden wird dieses Modell des Energiespar-Contractings erfolgreich angewendet und soll künftig auch durch Maßnahmen zur Wärmedämmung und zum Einsatz Erneuerbarer Energien ergänzt

werden. Um einen besseren Überblick über die Energiesparpotenziale in den mehr als 8.000 öffentlichen Gebäuden zu erhalten, soll außerdem ein Energiemanagementsystem im Land Berlin aufgebaut werden. Im Mietwohnungsbereich werden wir die energieeffiziente Gebäudesanierung voranbringen und so zum Beispiel mit Fördermitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau in fünf Berliner Gebieten gebäudeübergreifende Maßnahmen zur Energieeinsparung auf den Weg bringen: In der Südlichen Friedrichstadt, der Müllerstraße im Wedding, der Wilhelmstadt, der Frankfurter Allee Nord und im Stadtumbaugebiet Falkenhagener Feld.

Pöschk: Das sind alles Maßnahmen im Bereich Gebäudebestand. Beschränkt sich der Senat auf diesen Bereich?

Müller: Selbstverständlich nicht. Gerade mit den innerstädtischen Flächen Tempelhofer Freiheit, Berlin Adlershof und Berlin-Tegel haben wir den Raum für Pilotprojekte im Bereich Energieeffizienz, den wir auch nutzen wollen. Auf dem ehemaligen Flughafen Gelände in Tempelhof und den angrenzenden Wohnquartieren soll ein „Null-Energie-Stadtteil“ entstehen. Am Technologie- und Wissenschaftsstandort Berlin-Adlershof werden wir zeigen, dass eine Reduzierung des Primärenergiebedarfs um 30 Prozent in einem Gewerbegebiet möglich ist. Und schließlich wird auf dem Areal des Flughafens Tegel ein Zentrum für moderne Energietechnologien entstehen. Auch im Bereich Mobilität sind wir auf gutem Weg: Wir haben uns gemeinsam mit Brandenburg als eine von vier Regionen in ganz Deutschland als Modellregion Elektromobilität im Wettbewerb um Bundesmittel durchsetzen können. In den kommenden drei Jahren kann Berlin auf bis zu 50 Millionen Euro Fördermittel für innovative Projekte zurückgreifen. So sollen zum Beispiel bis zum Jahr 2015 circa 4.000 Strom betriebene Pkw, Lkw und Busse in der Region fahren.

Pöschk: Die Elektromobilität macht nur Sinn, wenn Strom aus Erneuerbaren Energien kommt. Wie sieht es generell aus mit der Umstellung auf Erneuerbare Energien?

Müller: Als Stadtstaat hat Berlin natürlich nur eingeschränkte Möglichkeiten Energie zu erzeugen. Als Energieverbraucher wollen wir zukünftig mehr „grünen“ Strom beziehen und dabei mit unserem Nachbarland Brandenburg kooperieren. Es sollen auch mehr Solaranlagen auf öffentlichen Dächern zum

Einsatz kommen. Eine wichtige Technologie für Berlin ist außerdem die Kraft-Wärme-Kopplung. Mit unseren großen Heizkraftwerken, dem längsten Fernwärmenetz Westeuropas und den mittlerweile über 400 dezentralen Blockheizkraftwerken, sind wir eine bundesweite anerkannte KWK-Modellstadt. Diese Vorreiterrolle wollen wir ausbauen und mehr KWK-Anlagen auch auf der Basis nachwachsender Rohstoffe in Berlin zum Laufen bringen.

Pöschk: Das waren jetzt Energietechnik und Energieträger. Wie aber sieht mit der organisato-

rischen Gestaltung der Berliner Strom-, Gas- und Fernwärmeversorgung aus?

Müller: In diesem Bereich sind wir in der Phase der Prüfung aller Varianten. Dies schließt auch die Idee eigener Stadtwerke ein. In den Jahren 2013 und 2014 laufen die Konzessionsverträge für die Gas-, Strom- und Fernwärmenetze in Berlin aus. Diese Tatsache nehmen wir zum Anlass, um Möglichkeiten einer stärkeren politischen Einflussnahme auf die Gestaltung der Berliner Energieversorgung aus sozial- und umweltverträglichen Gesichtspunkten zu prüfen.

Pöschk: Herr Müller, wenn Sie sich nach Abschluss der Legislaturperiode zurücklehnen und ihre Arbeit in der Energie- und Klimapolitik betrachten werden: Worauf wollen Sie stolz sein?

Müller: Ganz klar: Auf eine programmatische Basis, die dem anspruchsvollen Ziel „Berlin als einer klimaneutralen Stadt“ gerecht wird und die sozialpolitisch ausbalanciert ist. Ich möchte mit meiner Politik entscheidend dazu beitragen, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Energieversorgung in Berlin bereits kurzfristig zu erhöhen und für spürbar mehr Energieeff-

fizienz zu sorgen. Die Energiewende mit dem Ausstieg aus der Kernenergie bedeutet eine einschneidende Änderung in der Energie- und Umweltpolitik in unserem Land. Ich freue mich darauf, für Berlin die richtigen Meilensteine dieser neuen Epoche zu definieren, die richtigen Maßnahmen anzustoßen und gemeinsam mit allen Akteuren voranzubringen.

Pöschk: Herr Müller, vielen Dank für das Gespräch.